



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

Fachbereich Agrarwirtschaft und Lebensmittelwissenschaften

Master-Studiengang Agrarwirtschaft

Bürgerschaftliches Engagement: Möglichkeiten und Grenzen für die ländliche Entwicklung

Belegarbeit im Modul M-WPM08 „Regionale Entwicklung“ bei
Prof. Dr. Fock und Prof. Dr. Behrens

von
Marcel Gerds

Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Definition und Bedeutung	3
3. Umfang und Art des Engagements.....	4
4. Motivation	7
5. Möglichkeiten.....	7
5.1 Kommunalpolitik	7
5.2 Vereine	8
6. Bürgerschaftliches Engagement im Wandel	10
7. Grenzen und Hemmnisse	10
7.1 Interne Hemmnisse.....	10
7.2 Entpolitisierung ländlicher Räume.....	11
8. Perspektiven	12
9. Literaturverzeichnis.....	14

1. Einleitung

Die verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements haben im ländlichen Raum eine lange Tradition und in vielen dörflichen Gebieten hat es nach wie vor eine große Bedeutung. Diese Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement im ländlichen Raum resultiert aus dem Mangel oder dem wenig differenzierten Angebot von Dienstleistungen, Kultur und anderer Infrastruktur. Diese Umstände erfordern ein stärkeres Engagement der Bewohner für ihre eigenen Belange (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 25).

Das Ehrenamt hat besonders im ländlichen Raum einen höheren Stellenwert für die Lebensqualität als in Agglomerationsräumen. In den ländlichen Gemeinden schafft es häufig erst eine soziale Infrastruktur (SCHMIDTKE, 2006, S. 42). Dabei ist zu beobachten, dass mit abnehmenden Einwohnerzahlen der Gemeinden das bürgerschaftliche Engagement der Bürger tendenziell zunimmt (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 30).

Nach wie vor erfreuen sich Vereinigungen auf dem Land größeren Zulaufs als in der Stadt. Die ländliche Bevölkerung hat ein Bedürfnis nach Selbsthilfe, geselliger Freizeitgestaltung, Selbstdarstellung und Meinungsaustausch (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 29).

2. Definition und Bedeutung

Das bürgerschaftliche Engagement ist in den zurückliegenden Jahren zunehmend als gesellschaftspolitisches Thema in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Trotz unterschiedlicher Begriffe wie Ehrenamt, Selbsthilfe, Freiwilligenarbeit oder Volunteering geht es bei diesem Engagement im Grunde immer darum, dass Bürgerinnen und Bürger außerhalb ihrer Arbeitszeit und der Familie Verantwortung im Rahmen von Organisationen übernehmen (BMFSFJ, 2000, S. 33).

Bürgerschaftliches Engagement ist eingebettet in gesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen. Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung (Enquete-Kommission, 2002, S. 24). Es ist die Stütze jeder Zivilgesellschaft. Sie eröffnet Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten für selbst organisierte Mitgestaltung und Beteiligung. Bürgerschaftliches Engagement weist nach GENSICKE et al. (2006, S. 34) folgende Eigenschaften auf:

- Freiwilligkeit
- keine materielle Gewinnorientierung
- Gemeinwohlorientierung
- Öffentlichkeit

- Gemeinschaftliche Ausübung

Die Ergebnisse von diesem Engagement sind:

- soziales Kapital
- demokratische Kompetenz
- informelle Lernprozesse

(ebenda)

Unter sozialem Kapital versteht man in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit des Zusammenhaltes von Gesellschaften durch Vertrauen, Solidarität und Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Durch soziales Kapital können Unterschiede zwischen Bevölkerungsteilen überbrückt werden und Konflikte derart bewältigt werden, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet ist. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Quelle für diese Prozesse, da sie über freiwillige Vereinigungen dauerhafte Zusammenarbeitsstrukturen zur Verfügung stellen.

Über bürgerschaftliches Engagement kann demokratisches Verhalten erlernt werden. Oft kommt es darauf an, ein bestimmtes Anliegen durchzusetzen und sich auf der anderen Seite um Kompromisse zu bemühen. Selbst im auf den ersten Blick unpolitischen Raum finden mittelbare politische Lernprozesse statt. Viele Arten der freiwilligen Tätigkeit ermöglichen eine direkte Beteiligung der Handelnden an der Entwicklung ihres Lebensumfeldes.

Unter dem informellen Lernprozess versteht man die Aneignung der so genannten „Softskills“ im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit. Beispiele hierfür wären rhetorische Fähigkeiten, Konfliktvermittlungskompetenzen, Team- und Organisationsfähigkeit sowie das erfolgreiche Übernehmen von Verantwortung. Dieser Kompetenzerwerb durch das bürgerschaftliche Engagement kann einen Beitrag zum Erwerb beruflicher Schlüsselqualifikationen darstellen. (GENSICKE et al., 2006, S. 35)

3. Umfang und Art des Engagements

Nach einer repräsentativen Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland beteiligen sich 30 % der Bürger im ländlichen Raum in irgendeiner Form aktiv in gesellschaftlichen Bereichen. Im Gegensatz zu diesen „Aktiven“ wurde im Rahmen der Erhebung auch nach „Engagierten“ unterschieden. Während es bei der ersten Gruppe noch nicht um bürgerschaftliches Engagement im engeren Sinne geht, da hier nur das Mitmachen in verschiedenen Gruppen das Kriterium war, haben die „Engagierten“ eine gewisse Verantwortungsrolle in Form einer bestimmten Aufgabe, Arbeit oder Funktion (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 30).

Die repräsentative Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland brachte die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse.

Tabelle 1: Engagementbereiche nach Gemeindetypen (Angaben in % der Befragten)

Engagementbereich	Aktive			Engagierte		
	Dorf	Kleinstadt	(Groß-) Stadt	Dorf	Kleinstadt	(Groß-) Stadt
Persönliches Lebensumfeld						
Sport und Bewegung	42	40	39	14	14	12
Freizeit und Geselligkeit	35	30	26	10	6	6
Kultur und Musik	19	18	17	7	6	6
Kirche/religiöser Bereich	14	14	10	9	7	6
<u>Soziales und politisches Engagement</u>						
Rettungsdienst/Freiwillige Feuerwehr	9	6	5	6	3	2
Bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort	8	6	5	2	1	2
Außerschul. Jugend- und Bildungsarbeit	8	7	6	2	2	2
Politik/politische Interessenvertretung	9	7	7	3	2	3

Quelle: BMFSFJ, 2000

In Abbildung 1 sind die Unterschiede beim Anteil der Gruppe der „Aktiven“ zwischen Dorf, Kleinstädten und Agglomerationsräumen in den gesellschaftlichen Hauptbereichen dargestellt.

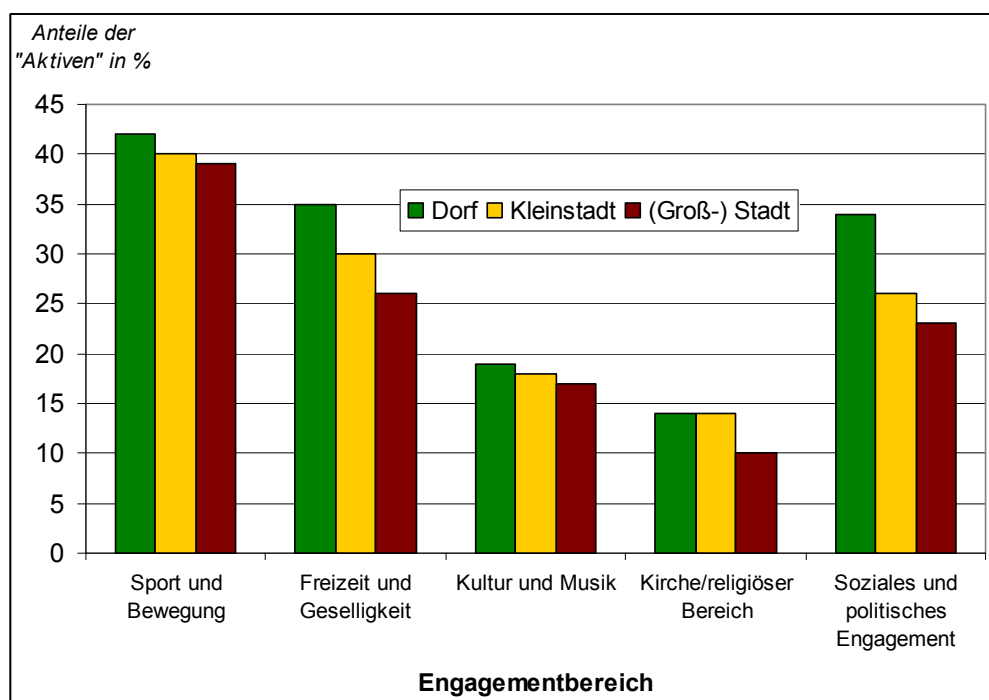


Abbildung 1: Anteil der „Aktiven“ in verschiedenen Engagementbereichen

Quelle: eigene Darstellung nach BMFSFJ, 2000

Aus der Darstellung wird deutlich, dass die Bereitschaft, aktiv in Organisationen mitzumachen, wächst, je „ländlicher“ eine Gemeinde ist. In allen gesellschaftlichen Bereichen zeigen die Bewohner ländlicher Räume mehr Mitarbeitsbereitschaft. Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man die Anteile der Menschen betrachtet, die tatsächlich engagiert sind (Abbildung 2).

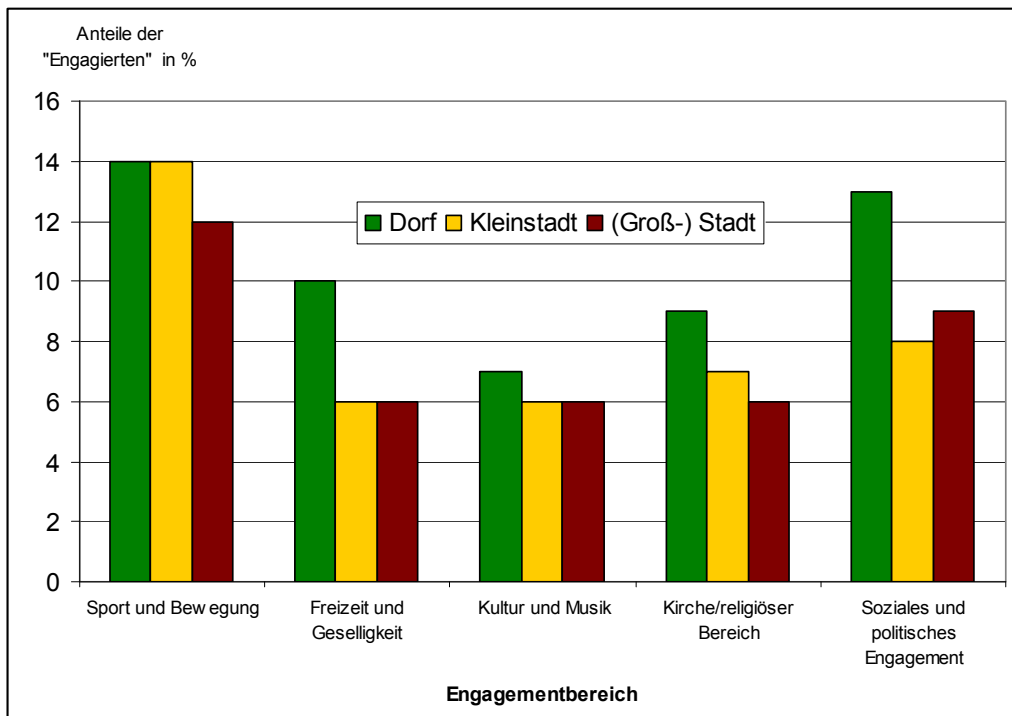


Abbildung 2: Anteil der „Engagierten“ in verschiedenen Engagementbereichen
Quelle: eigene Darstellung nach BMFSFJ, 2000

Die Gruppe der „Engagierten“ stellt im Vergleich zu den „Aktiven“ eine qualitativ höhere Form des Engagements dar, da es sich um die Übernahme konkreter Aufgaben mit Verantwortung handelt. Aus diesem Grund können diese Anteile an der Gesamtbevölkerung als aussagekräftiger angesehen werden, wenn es darum geht, bürgerschaftliches Engagement zu betrachten.

Aus der Abbildung 2 ist ersichtlich, dass sich die dörflichen Gemeinden in nahezu allen Bereichen deutlich von den Städten abheben. Lediglich im Bereich Sport und Bewegung sind die Anteile identisch. Auffallend hoch ist der Anteil von aktiven und engagierten Menschen im sozialen und politischen Bereich in den ländlichen Räumen. Sowohl dem ländlichen als auch dem städtischen Raum ist gemein, dass die Hauptanteile in den Bereichen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik zu finden sind.

4. Motivation

Engagement für oder in einer Region beruht im Wesentlichen auf zwei Antrieben. Zum einen auf der intrinsischen Motivation und zum anderen auf der Verbindung von Eigen- und Gemeinwohlorientierung (GANZERT, 2006, S. 160). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sind diese Antriebe von besonderer Bedeutung, wenn es in späteren Kapiteln um Hemmnisse und Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen geht.

Wenn Menschen nicht auf Grund einer Belohnung oder Bestrafung handeln, sondern aus eigenem Antrieb, Anteilnahme oder Interesse, verhalten sie sich intrinsisch. Intrinsische Motivation resultiert aus dem Bedürfnis nach Kompetenz und Selbstbestimmtheit. Ein daraus resultierendes Handeln ist geprägt von persönlichem Einsatz für eine Sache, Zufriedenheit, Verantwortlichkeit, der Wertschätzung und dem Vertrauen in das eigene Handeln sowie der Unabhängigkeit von externen Stimuli (ebenda).

Der zweite Antrieb für lokales Engagement resultiert aus dem Bedürfnis, das eigene Handeln in einen übergeordneten Sinnzusammenhang zu bringen. Grundlegend ist hier das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, das ohne Anreiz eines materiellen Vorteils besteht (ebenda).

Die Motive für ehrenamtliches Engagement haben sich gewandelt. Heute steht bei den Engagierten zunehmend die Frage im Vordergrund, welchen Nutzen man aus diesem Engagement ziehen kann. Persönlichkeitsentwicklung oder das Knüpfen von beruflichen und privaten Netzwerken spielen hier eine wichtige Rolle (SCHMIDTKE, 2006, S. 42).

5. Möglichkeiten

Im Folgenden werden zwei Hauptbereiche des bürgerschaftlichen Engagements unterschieden. Zum einen Engagement im Rahmen der Kommunalpolitik und zum anderen das ländliche Vereinswesen. Einige Autoren unterscheiden weiterhin nach nachbarschaftlichen und genossenschaftlichen Engagement (vgl. RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 27ff). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sollen diese Bereiche jedoch außen vor bleiben, da diese aus Sicht des Autors nicht die Kernpunkte bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum darstellen.

5.1 Kommunalpolitik

Die direkte Kontakt- und Einflussmöglichkeit des Bürgers auf die kommunalen Entscheidungsträger sind im Wesentlichen bestimmt von der Größe der Gemeinde. Je kleiner eine Gemeinde ist, desto bürgernäher und erreichbarer sind die Repräsentanten. Umgekehrt ist es dagegen so, dass bei größeren kommunalen Einheiten die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Entscheidungsträgern größer wird (HENKEL, 2004, S. 361).

Es gibt neben dem aktiven und passiven Wahlrecht seit mehreren Jahrzehnten einige neue Elemente der direkten Demokratie in der Kommunalpolitik. Zu den wichtigsten gehören:

- Bürgerversammlung
- Bürgerentscheid
- Bürgerinitiativen
- Bürgerinformationen
- Bürgerantrag
- Einbeziehung sachkundiger Bürger in Ratsausschüsse

(ebenda)

Der Bürgerentscheid ist die weitestgehende Form der Direktdemokratie und wird zum Beispiel in Baden-Württemberg angewandt. Eingeleitet wird der Entscheid vom Gemeinderat oder durch ein Bürgerbegehren und hat wichtige kommunale Sachfragen zum Gegenstand. Wichtige Institutionen bei der Bürgerbeteiligung sind die Bürgerinitiativen. Vor etwa 25 Jahren als außerparlamentarische Opposition entstanden, waren bzw. sind sie durch ihren spontanen Charakter, ihren Bezug auf ein konkretes Projekt, die zeitliche Begrenzung und die Abwesenheit einer formalen Mitgliedschaft geprägt. Sie stellen kollektive Selbstorganisationen von Bürgerinnen und Bürgern dar, die von einer Entscheidung betroffen sind und daran beteiligt werden wollen. Häufig sind sie gegen lokale Planungen oder Defizite in verschiedenen Bereich wie zum Beispiel Umwelt, Verkehr, Sanierung, Schule, Ansiedelung von Großprojekten etc. gerichtet (ebenda).

5.2 Vereine

„Ohne von Ehrenamtlichen getragene Vereine würde in den Dörfern kein soziales Leben stattfinden“ (SCHMIDTKE, 2006, S. 42). Vereine und Interessengruppen prägen die Vielfalt des dörflichen Lebens und übernehmen wichtige Funktionen zum Erhalt und zur Stärkung dörflicher Strukturen. Die Aktivitäten umfassen eine Bandbreite von Kultur- und Freizeitaktivitäten bis hin zu sozialen und karitativen Dienstleistungen (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 25).

Weiterhin kommt den Vereinen im ländlichen Raum eine große lokalpolitische Bedeutung zu. Sie sind zum Beispiel Treffpunkte der lokalen Eliten, Kanäle zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, Übungsfelder für sozialaktive Personen, Plattformen für politische Karrieren sowie „Machtapparate örtlicher Cliquen“ (HENKEL, 2004, S. 361).

Im ländlichen Raum ist ein deutlich höheres Engagement als im städtischen Raum zu beobachten. Das Vereinswesen weist auf dem Lande im Vergleich zu Städten eine höhere Dichte und Frequentierung auf. Durchschnittlich kommen auf je 100 ländliche Einwohner ein Verein

(HENKEL, 2004, S. 362). Ursachen sind der Willen zur Selbsthilfe und die fehlende Professionalisierung. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass die ländlichen Vereine teilweise andere Bedeutungen haben. In ländlichen Gemeinden kommt den Vereinen eine größere kulturelle und soziale Bedeutung zu. Das Vereinswesen wird hier eher als Kulturträger gesehen, da anders als in der Stadt, wo mehrere Kulturträger wie Theater, Bibliotheken, Ausbildungseinrichtungen etc. vorhanden sind, im ländlichen Raum die Vereine die kulturelle Kontinuität wahren (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 26).

Oftmals ist es selbstverständlich, einem der großen Vereine, wie zum Beispiel dem Schützen-, Sport-, Musikverein oder der Feuerwehr anzugehören. Mehrfachmitgliedschaften sind die Regel. Vielfach ist die Vereinstätigkeit für Jugendliche im ländlichen Raum eine soziale Pflicht. So dokumentiert die Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr den Einstieg in die Erwachsenengemeinschaft (HENKEL, 2004, S. 362).

Darüber hinaus ist die soziale Integration eine weitere Funktion der Vereine. Darunter versteht man, dass verschiedene Individuen in die Dorfgemeinschaft und das Dorf in weiterreichende gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden werden. Sie wirken dabei identitätsstiftend. Als Regelsystem ermöglicht die Vereinstätigkeit die soziale Kontrolle und die öffentliche Ehrung des Mitgliederverhaltens (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 26).

Durch die Übernahme wichtiger lokaler Aufgaben entlasten die Vereine im erheblichen Umfang die kommunalen Haushalte. Aus diesem Grund wird die in der Regel ehrenamtliche und mit viel Idealismus getragene Vereinsarbeit durch die Kommunalpolitik unterstützt. Schwerpunkt dieser Unterstützung ist die Einrichtung und Instandhaltung von Sport- und Freizeitanlagen (HENKEL, 2004, S. 362).

Untersuchungen der vergangenen Jahre gehen von einer Wandlung des ländlichen Vereinswesens hin zu einer stärkeren Individualisierung aus. Im Zuge dessen kommt es zu einer Differenzierung und Zielveränderung der Vereine. Als Ergebnis ist eine Transformation der traditionellen, kollektiven Vereine hin zu spezialisierten und individualisierten Freizeitvereinen zu beobachten. Letztere unterscheiden sich durch ihre freiwillige und unverbindliche Art der Beteiligung zur Vereinstreue der tradierten Vereine. Dieser Wandlungsprozess bedingt einen Rückgang der Dorfzentrierung der Vereine und somit ihrer dörfliche Integrations- und Symbolkraft durch Einbettung in überlokale Orientierungen. Die Vereine stellen anders als früher nur noch Ausschnitte der lokalen Gesellschaft dar (RÜCKERT-JOHN, 2005, S. 26).

6. Bürgerschaftliches Engagement im Wandel

Als Nachweis für Solidaritätsbereitschaft galten traditionell das Ausmaß an bekundeter Selbstlosigkeit und die Bereitschaft zur Selbstaussbeutung. Diese Perspektive verhindert jedoch das Verständnis für die veränderten und neuen Solidaritäts- und Beteiligungsformen. Als Gradmesser von Engagement wird fälschlicherweise oft der Zustand traditioneller Partizipationsformen, wie zum Beispiel Vereine, Verbände, Kirchen und Parteien, herangezogen (KRAHULEC, 1997, S. 30).

Zurzeit kann eine Entwicklung weg vom „klassischen“ Ehrenamt beobachtet werden. Viele Menschen sind bereit, sich zu engagieren und tun dies auch in vielfältiger Weise. Ein zunehmender Teil dieser Menschen bevorzugt aber zeitlich befristete Mitarbeit in Projekten. Wie bereits im Kapitel „Vereine“ angedeutet, haben es gerade Vereine schwer, Ehrenamtliche für ein dauerhaftes Engagement und besonders Führungspositionen zu gewinnen (SCHMIDTKE, 2006, S. 43).

Bei jüngeren Menschen hat das „klassische“ Ehrenamt ein altmodisches und verstaubtes Image. Auch die Politik scheint punktuelles bürgerschaftliches Engagement höher wertzuschätzen. Die Entwicklung ist differenziert zu betrachten. Festzuhalten bleibt, dass trotz dieses Wandels langfristige Bindungsbereitschaft und stetige Aufgabenerfüllung Garantien für verlässliche Personen und Strukturen im Ehrenamt sind (ebenda).

Bei dem traditionellen Ehrenamt stand der Dienst für eine andere Person im Vordergrund, während heute dieser Dienst um Aspekte erweitert wird, die der engagierten Person selbst nutzen. Dies ist mittlerweile kein Widerspruch mehr. Vielen Menschen wollen sich selbst erfahren, wenn sie anderen Menschen helfen und den Dienst an anderen mit Spaß, Selbstentfaltung und menschlichem Kontakt verknüpfen (KRAHULEC, 1997, S. 30).

7. Grenzen und Hemmnisse

7.1 Interne Hemmnisse

Die im Abschnitt „Motivation“ benannten Antriebe für bürgerschaftliches Engagement kommen häufig nur unzureichend zur Geltung.

Zum einen ist das dem Umstand geschuldet, dass das regionale Engagement durch das Trittbrettfahren erlahmt. Untersuchungen zeigen, dass gemeinwohlorientierte Akteure entmutigt werden, gemeinnützig zu handeln, wenn ersichtlich wird, dass egoistisch handelnde Personen Vorteile vom Gemeinwohl haben, ohne selbst dafür einen Beitrag geleistet zu haben (GANZERT, 2006, S. 160).

Ein weiteres Hemmnis betrifft die Kommunikation in der Region. Informationsangebote zugunsten regionaler Veränderungsprozesse sind oft unwirksam. Sie richten sich meistens an die immer gleichen Gruppen, die zudem oft bereits engagiert sind. Informationen können nur dann Veränderungsprozesse zugunsten von mehr Engagement im ländlichen Raum anstoßen, wenn sie die Menschen vor Ort emotional ansprechen. Sie müssen ihre eigenen Erfahrungen und Empfindungen anknüpfen können und sich die regionale Idee zu eigen machen, es als ihre eigene Sache betrachten. „Nicht die rationale Kraft der Argumente ruft Veränderungsprozesse hervor, sondern die empathische Wirkung guter Geschichten“ (GANZERT, 2006, S. 161).

7.2 Entpolitisierung ländlicher Räume

Insbesondere das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Kommunalpolitik ist zunehmend von Hemmnissen beeinflusst. Der Grund dafür ist, dass die kommunale Autonomie immer mehr durch zentralistische Vorgaben und Steuerungen seitens der Bundes- und Landespolitik eingeschränkt wird. Diese Aushöhlung der Kommunalautonomie betrifft besonders die kleinen, meist politisch, wirtschaftlich und administrativ schwächeren Gemeinden des ländlichen Raums (HENKEL, 2004, S. 364).

Bereits die Gebiets- und Verwaltungsreformen der 1970er Jahre in der BRD und in den 1990er Jahren in den neuen Bundesländern führten zu einer Maßstabsvergrößerung und trugen somit zu einer erheblichen Entpolitisierung der ländlichen Regionen bei. Durch die planerische, normative Umsetzung des Zentrale-Orte-Konzeptes wurden ehemals von Selbstversorgung geprägte Dörfer und Kleinstädte zu einer Ergänzungseinheit degradiert, deren Entwicklung auf Grund der mangelnden Zentralität mehr oder weniger auf die Wohnfunktion beschränkt wird. Die ehemals eigene Infrastruktur von Schule, Rathaus und Polizeistation wurde in die zentralen Orte überführt. Der Bedeutungsverlust des Ländlichen drückt sich stigmatisierenden Ausdrücken wie „Ausgleichsraum“ für städtische Entwicklung, „strukturellschwache Räume“ oder „periphere Räume“ aus (KÜHNE, 2007, S. 174).

Als Ergebnis der zunehmenden rechtlichen Reglementierung der Gemeinden durch die Gesetzgebung des Bundes und der Länder werden diese zu bloßen Handlungs- und Vollzugsorganen der staatlichen Gesetzgebung degradiert. Eine Konsequenz dieser Verrechtlichung des öffentlichen Handelns ist die Entpolitisierung und Entparlamentarisierung der Entscheidungsprozesse in den Gemeinden. Das bürgerschaftliche Engagement in Form von Sachverstand, bürgerschaftlicher Meinungsbildung und lokalen politischen Entscheidungen ist immer weni-

ger nötig. Es lässt sich ohne weiteres mit Verweisen auf übergeordnete rechtliche Vorgaben und Sachzwänge beiseite schieben (HENKEL, 2004, S. 365).

Diese Übertragung politischer Macht auf überörtliche Verwaltungseinheiten oder interkommunale Zweckverbände geht einher mit einer weiteren Schwächung der örtlichen politischen Ebene. Die ohnehin geschwächte Lokalpolitik verliert weitere Anreize für das bürgerschaftliche Engagement. Die Lokalpolitik wird zunehmend unattraktiver und die lokalen Bindewirkungen der Parteien lassen nach (KÜHNE, 2007, S. 174).

Ein weiteres Haupthindernis für die Entfaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden ist das Finanzierungssystem öffentlicher Ausgaben. Etwas 90 % der kommunalen Ausgaben werden durch staatliche Vorgaben festgelegt. Als Konsequenz bestimmt ein staatlicher Vertreter in der Ministerialbürokratie mehr über die Entwicklung einer ländlichen Gemeinde, als Rat und Verwaltung zusammen. Anstatt durch lokales bürgerschaftliches Engagement nach Entwicklungsstrategien zu suchen, wird die kommunale Praxis dazu gezwungen, eine Strategie der maximalen Subventionsmobilisierung zu betreiben (HENKEL, 2004, S. 366).

Erschwerend kommt der demografische Wandel hinzu. Im Zuge dessen stehen immer weniger junge Menschen für die lokale Politik zur Verfügung. Durch die resultierende Überalterung und dem Mangel an Personal sind die lokalen politischen Gremien häufig nur noch über Einheitslisten zu besetzen (KÜHNE, 2007, S. 174).

Die Kompetenzen der kommunalen Parlamente tendieren auf Grund des Übergewichts der zentralen Bürokratien gegen Null. Die Angehörigen der Gemeindeparlamente sind „Gefangene gesetzlicher Bestimmungen und administrativer Sachzwänge“ (HENKEL, 2004, S. 367).

Diese faktische Aushöhlung der Kommunalpolitik trug zu erheblicher Resignation und Apathie der Bürger des ländlichen Raums bei. Sie kann deshalb als ein Haupthemmnis des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse angesehen werden.

8. Perspektiven

Auf Grund der Tatsache, dass die öffentliche Hand für soziale Infrastruktur immer weniger Geld bereitstellt, wird die Bedeutung des Ehrenamtes im ländlichen Raum weiter zunehmen (SCHMIDTKE, 2006, S. 42).

Um das Engagement in der Kommunalpolitik zu befördern, muss diese wieder in der Kompetenz und Verantwortung der Kommunalpolitiker liegen. Dazu müssen die kommunalen Verwaltungen auf dem Land gestärkt werden. Ein Schritt dazu wäre, einen Teil des Überbaus an

Fachleuten und Juristen aus übergeordneten Einheiten in die Gemeindeverwaltungen zu verlagern (HENKEL, 2004, S. 367).

KÜHNE (2007, S. 175) sieht grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Beseitigung der Krise der politischen Selbstverwaltung. Zum einen die Stärkung der lokalen Ebene der Politik und zum anderen die Stärkung der politischen Selbstverantwortung jenseits der Parteiendemokratie. Bei ersterer ist die lokale Ebene mit höherer Macht auszustatten, damit der lokalen Bevölkerung stärkere Anreize geboten werden, sich zu engagieren. Bei letztgenannter Möglichkeit werden nicht allein die Gremien der parteienbasierten Politik in die politische Entscheidungsfindung einbezogen, sondern weitere Akteure, wie zum Beispiel aktive und engagierte Bürger. Dadurch wird die lokale Demokratie auf eine breitere Basis gestellt (ebenda).

Das bürgerschaftliche Engagement ist einem Zwang zur Professionalisierung unterworfen. Die Anforderungen sind offenkundig gestiegen. Ein Ehrenamt stellt heute ähnliche Anforderungen an Zeitaufwand, Kompetenzen und Verantwortungsbereitschaft wie eine reguläre Erwerbstätigkeit. Diese Professionalisierung stellt sowohl für Verbände als auch für die Politik eine Herausforderung dar (SCHMIDTKE, 2006, S. 44).

9. Literaturverzeichnis

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe des BMFSFJ, Band 194.1, Verlag W. Kohlhammer, Berlin, 2000

Enquete-Kommission: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900 des Deutschen Bundestage, 2002

GANZERT, C.: Fördermittel sind nicht alles – Antriebe und Hemmnisse für regionales Engagement. In: Der kritische Agrarbericht 2006, S. 159 – 164, ABL-Verlag, Hamm, 2006

GENSICKE et al.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006

HENKEL, G.: Der ländliche Raum – Gegenwart und Wandlungsprozess seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 2004

KRAHULEC, P.: Wer sich einmischen will, muss eine Heimat haben – Identität und Engagement als Faktoren regionaler Entwicklung. In: Gemeinschaft, Ehrenamt, Selbsthilfe – Neue Wege des Gemeinwesens im ländlichen Raum, S. 29 – 39, Schriften der Hessischen Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, Band 17,

KÜHNE, O.: Die Krise des Nationalstaats und die Entpolitisierung ländlicher Räume. In: Der kritische Agrarbericht 2007, S. 173 – 176, ABL-Verlag, Hamm, 2007

RÜCKERT-JOHN, J.: Bürgerschaftliches Engagement. In: BEETZ, S. et al. (Hrsg): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, S. 25 – 32, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005

SCHMIDTKE, E.: Treibende Kraft der Bürgergesellschaft nicht nur im ländlichen Raum – das Ehrenamt. In: Ländlicher Raum, S. 42 – 44, Ausgabe November/Dezember 2006